



# Unterrichtungsvorlage

Vorlage: UV/0355/2021		Datum: 15.09.2021	
<b>Dezernat 1</b>			
Verfasser:	20-Kämmerei und Steueramt	Az.:	
<b>Betreff:</b>			
<b>Nichtberücksichtigung des Antrages zur Bewerbung der Stadt Koblenz als Modellstadt für ein 365-Euro-Jahresticket im ÖPNV im Rahmen des Klimaschutzprogramms der Bundesregierung</b>			
Gremienweg:			
23.09.2021	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		ohne BE abgesetzt geändert
	öffentlich		

## Unterrichtung:

Der Stadtrat nimmt die nachstehenden Ausführungen zur Kenntnis.

## Stellungnahme:

In der Sitzung des Stadtrates am 04.06.2020 wurde zu TOP 15 einstimmig Folgendes beschlossen:

*„dass die Koblenzer Verkehrsbetriebe GmbH (koveb) -sobald die Förderbedingungen, die dem Vernehmen nach derzeit mit der EU abgestimmt werden -veröffentlicht sind, beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) für die Stadt Koblenz eine Bewerbung als Modellstadt für ein 365 Euro-Jahresticket im ÖPNV vornehmen wird.*

*Hierbei ist sich der Stadtrat bewusst, dass*

- a) derzeit die Förderkriterien des Bundes final noch nicht vorliegen,*
- b) bei Verwirklichung der Maßnahme grob geschätzt mit 4 Mio. Euro jährlich aus Erlösverlusten im Ticketverkauf und zusätzlichen 11 Mio. Euro jährlich für weitere Angebotsverbesserungen im Minimum einzuplanen sind,*
- c) die Förderung des Bundes zeitlich begrenzt ist (vermutlich 3 Jahre) und dass nach dem Förderzeitraum die ausfallenden Fördermittel durch entsprechende zusätzliche städtische Eigenmittel zu finanzieren sind.*

*Dies wird –neben der bedingt durch die erforderliche Angebotserweiterung notwendige Anpassung der Wirtschaftsplanung der koveb bis 2030 bei Bewilligung des Antrags –zu einer weiteren spürbaren „belastenden“ Anpassung der Wirtschaftsplanung der koveb führen,*

- d) gegenwärtig eine langfristige Finanzierung des Vorhabens final nicht errechnet werden kann.“*

Ende März 2021 erfolgte nach Erüierung des Antragsverfahrens mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) die förmliche Antragstellung.

Mit Schreiben vom 13.09.2021 hat die koveb einen Bescheid erhalten, in dem mitgeteilt wurde, **dass das beantragte Vorhaben nicht berücksichtigt werden konnte** (siehe hierzu die **Anlage**). Eine weitere Begründung hierzu ist nicht erfolgt. Völlig unerwartet kommt die Absage nicht, weil bereits bei den telefonischen Anfragen beim BAG (Bundesamt für Güterverkehr – als antragsbearbeitende Dienststelle i.A. des BMVI) vor Einreichung des Antrags nach „ergänzenden flankierenden Maßnahmen“ gefragt wurde. Diese kann die koveb aktuell nicht in dem Umfang vorweisen, wie es ggf. bei anderen Antragstellern der Fall ist.

Hintergrund ist, dass seitens der koveb vielfältige Maßnahmen bis zum 13.12.2020 - also vor Antragstellung - bereits umgesetzt wurden. Nach Aussage des BAG können diese vorherigen Maßnahmen jedoch im Zuge der Bewilligung nicht berücksichtigt werden.

Die aktuell beim Verkehrsverbund Rhein-Mosel (VRM) in der Diskussion befindlichen neuen Fahrpreissenkungen werden aus Sicht der ÖPNV-Fahrgäste das Delta zwischen dem Fahrpreisniveau des 365-Euro-Jahrestickets und dem VRM-Tarifniveau weiter reduzieren.

Die aktuelle Koalitionsvereinbarung der regierungstragenden Fraktionen in Rheinland-Pfalz beinhaltet das Ziel der Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets. Hierzu sollte es im Laufe des Jahres 2022 möglich sein, etwas über den Zeitplan und die Umsetzungsstrategie des Landes zu erfahren.

Die Verwaltung wird zu gegebener Zeit über den weiteren Fortgang der 365-Euro-Jahresticket-Diskussion berichten.

**Anlage:**

Bescheid des Bundesamtes für Güterverkehr (BAG) vom 13.09.2021

**Historie:**

- Stadtrat 06.02.2020, TOP 39 - Gemeinsamer Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FW, WGS und DIE LINKE zur Bewerbung der Stadt Koblenz als Modellstadt für ein 365-Euro-Jahresticket im ÖPNV im Rahmen des Klimaschutzprogramms der Bundesregierung, ST/0026/2020
- Stadtrat 04.06.2020, TOP 15 - Gemeinsamer Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FW, WGS und DIE LINKE zur Bewerbung der Stadt Koblenz als Modellstadt für ein 365-Euro-Jahresticket im ÖPNV im Rahmen des Klimaschutzprogramms der Bundesregierung, ST/0050/2020

**Auswirkungen auf den Klimaschutz:**

Mit dem Beschluss zum neuen Nahverkehrsplan (NVP) durch den Stadtrat der Stadt Koblenz im Februar 2019 und den sich anschließenden Änderungen im Bereich des ÖPNV (Gründung der koveb, Öffentlicher Dienstleistungsauftrag usw.) sollen in den nächsten Jahren die Fahrgastzahlen von derzeit rund 10 Mio. auf 15 Mio. im Jahr 2030 gesteigert, der ÖPNV insgesamt gestärkt, die Emissionen reduziert und die Umweltqualität verbessert werden. Die mögliche Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets hätte an diesen Zielvorgaben nichts geändert.